

die DDR-Wahlen haben diese Stabilität auf recht hintergründige Weise bestätigt. Aber wird es auf die Dauer dabei bleiben?

Und wenn sich Deutschland in und mit seinen Kerngebieten vereinigt in einer noch stärker akzentuierten föderalen Struktur, wird Deutschland dann ohne neue nationalistische Ausbrüche zu einer Identität finden, zu der die Deutschen selbst und die europäischen Nachbarn stehen können? Der Fried' im Vaterland ist, trotz der vielen Que-

relen, die es hin und her noch geben wird, wohl für absehbare Zukunft gesichert – nach innen; nach außen kann er nur durch europäische Einbettung Bestand haben. Und da bleibt (siehe Europäische Akte, Gemeinsamer Markt, KSZE und Abrüstung) das Sich-Zeit-lassen-Argument wohl doch nicht ganz hypothetisch. Jedenfalls wäre es ein beruhigender Vorgriff auf die Zukunft, wenn das europäische Zusammenwachsen mit dem Einswerden der Deutschen einigermassen Schritt halten könnte.

David Seeber

„Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Realität anders ist“

Fragen an Konrad Weiß

Konrad Weiß ist einer der führenden Vertreter von „Demokratie jetzt“. Er ist Volkskammerabgeordneter und einer der Sprecher des „Bündnis' 90“. Er ist Filmregisseur und lebt in Ostberlin. Weiß zieht eine Bilanz der Entwicklungen seit der „Wende“ aus dem Blickpunkt jener Kräfte, die schon vor den Oktober- und Novemberereignissen des vergangenen Jahres in Opposition zum SED-Regime gegangen waren und die nach den sehr geringen Erfolgen bei den Volkskammerwahlen vom 18. März inzwischen zusammen mit den Grünen die nichtsozialistische Opposition stellen.

HK: Herr Weiß, die Wahlen zur Volkskammer sind gelaufen, die erste Phase nach der Wende ist damit abgeschlossen. Wie soll es nun in der DDR weitergehen?

Weiß: Ja, wie soll es weitergehen? Das ist gegenwärtig die große Frage auch für uns. Es ist ganz einfach so, daß wir als Oppositionelle von der rasanten Entwicklung auch überrascht sind. Wir haben in den vergangenen Jahren vorausgedacht und unsere Gesellschaftsmodelle entwickelt. Aber niemand hatte geahnt oder hätte geglaubt, daß sich in so kurzer Zeit eine so radikale Wende vollziehen würde, oder daß wir sie vollziehen würden. Und wenn man den Zeitraum betrachtet von September bis heute, dann hat sich in diesen 6 Monaten für mich, für viele meiner Freunde mehr ereignet als sonst in einem Jahrzehnt. Wie soll es weitergehen? Im Augenblick stehen wir natürlich immer noch unter dem aktuellen Eindruck des Wahlergebnisses. Ich finde es vor allem katastrophal, aber bezeichnend, daß die PDS so große Zustimmung bei den Wahlen gefunden hat, hier in Berlin teilweise über 30 Prozent, und daß wir, die wir diesen Umsturz angeschoben haben, so weit unten gelandet sind.

HK: Daß die Oppositionsgruppen, die den Prozeß in Gang gebracht haben, recht schlecht abschneiden würden, war nach allen Umfragen vorauszusehen, auch wenn es selbst manche Ihrer Gegner bedauern, daß es so ge-

kommen ist. Daß die PDS so gut abschneiden würde, nicht. Was ist Ihr Urteil? Was hat dazu beigetragen, sind das die Reste des SED-Regimes und derer, die davon profitieren? Hat die Leitfigur Modrow stark dazu beigetragen, oder war es schon Zeichen der Verunsicherung im Blick auf die deutsche Einigung und das, was dann aus der Bevölkerung der DDR wird?

Weiß: Es ist ein ganzes Bündel von Motiven. Aber eines, glaube ich, kann man nicht sagen, daß es die Reste der alten SED gewesen wären, die jetzt PDS gewählt haben. Die Wahlanalysen zeigen, daß 75 Prozent der damaligen Mitglieder der SED nicht die PDS gewählt haben. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit Herrn Gysi von der PDS zu sprechen. Er bestätigte, was ich auch von anderen gehört hatte. Es gibt zumindest zwei starke Strömungen in Richtung PDS. Das eine sind überzeugte Kommunisten, die jetzt in der PDS wieder eine Chance sehen, zum Teil auch Kommunisten, die ausgeschlossen wurden und jetzt zurückkehren. Die zweite Gruppe, und das kann ich bestätigen, sind junge Leute. Das ist ganz erstaunlich und das hängt, denke ich, damit zusammen, daß das, was durch die Öffnung der Grenzen in den letzten vier Monaten geschehen ist, verbunden war mit einem erheblichen Werteverlust. Sie haben das, woran sie geglaubt haben, verloren. Das ist nicht zu umschreiben mit Sozialismus oder DDR ...

„Sie haben das, woran sie geglaubt haben, verloren“

HK: Mit was dann?

Weiß: Für viele junge Leute war die DDR das, was ihnen vertraut war. Sie sind hier aufgewachsen. Es ist ihre Heimat. Sie haben nichts anderes gekannt. Und die Wirklichkeit aus dem Westen, die sie über den Fernseher

wahrnahmen, war die Scheinwelt. Nun sind sie mit dieser Scheinwelt konfrontiert als wirklicher Welt und fühlen sich zu einem guten Teil nicht wohl. Gerade intelligente jungen Leute haben Schwierigkeiten. Und sie müssen sich die neuen Möglichkeiten, die neue Freiheit und die neue Ferne erst sehr mühsam erarbeiten. Viele von ihnen dürften PDS gewählt haben, weil sie in ihr etwas Vertrautes vermutet haben.

HK: Wenn Ihre Analyse richtig ist, speziell in dem, was Sie zu den Jungen sagen, liegen dann die Gründe womöglich politisch noch tiefer? Es fällt ja auf, daß die junge Generation am Umbruch in der DDR im Verhältnis zu anderen (osteuropäischen) Ländern eigentlich wenig beteiligt war. Haben sich hier junge Leute mit dem System stärker identifiziert als möglicherweise in anderen Ländern?

Weiß: Das ist schwer zu beurteilen. Zumindest muß man sagen, daß junge Leute seit Anfang der achtziger Jahre immer auch mitgewirkt haben in den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Es ist, glaube ich, auch nicht zufällig, daß unsere zahlreichste Wählerklientel bei den heute 30-bis 40jährigen zu finden ist. Das sind diejenigen, die in den achtziger Jahren in den Zwanziger oder Anfang 30 waren und da politisch motiviert worden sind. Und wenn ich so zurückdenke an die Veranstaltungen im Herbst oder im Sommer, so stimmt das Bild eigentlich nicht, da waren es vor allem junge Leute in den Kirchen zu den Friedensgebeten, hier in Berlin jedenfalls, und ich denke in Leipzig war es ähnlich. Allerdings könnte es stimmen, aber ich kann es Ihnen nicht aus eigener Anschauung bestätigen, weil ich im Oktober in den entscheidenden vier Wochen nicht im Lande war, daß beim eigentlichen Umbruch nicht vorwiegend die jungen Leute auf die Straße gingen. Aber Sie müssen bedenken, das Problem in den vergangenen Jahren war ja gerade, daß die jungen Leute besonders schutzlos waren. Jemanden wie mich hat man selten angegangen, aber hätte ein junger Mann dasselbe getan, er wäre mit einiger Sicherheit festgenommen worden.

HK: Wie angepaßt ist die Jugend insgesamt aufgewachsen? Gibt es so etwas wie eine schweigende Mehrheit unter der Jugend, die mehr oder weniger systemkonform gelebt hat?

Weiß: Dies dürfte so sein, und zwar als Ergebnis unseres bisherigen Erziehungssystems, das sehr kritisch zu betrachten ist. Es gibt eine Untersuchung des Instituts für Jugendforschung – meiner Erinnerung nach aus dem Jahre 1982. Ich habe damals einen Film gemacht und bekam dadurch Zugang. Da war nach Werten und weltanschaulicher Bindung gefragt worden. Das Ergebnis war, soweit ich noch rekonstruieren kann: Etwa 10 Prozent fühlten sich vorbehaltlos der kommunistischen Weltanschauung zugehörig, 10–12 Prozent bekannten sich „vorbehaltlos“ als Christen; dann waren es nochmals auf beiden Seiten etwa 20 Prozent, die das mit Vorbehalten oder mit Abstrichen taten und 40 Prozent waren indiffe-

renzierte junge Leute, denen weltanschauliche Bindungen egal waren. Dieses Bild dürfte die Wirklichkeit von damals ziemlich realistisch wiedergegeben haben. Inzwischen allerdings dürfte es sich von der Partei weg verschoben haben.

„... Dadurch hat sich ein Verhältnis zu diesem Land für mich entwickelt“

HK: Weg von der Partei, heißt das auch weg vom Marxismus? Oder ist doch auch ein Faktor die Idee von einem gereinigten Marxismus, dessen Erwartungen sich an die PDS richten? Oder ist Marxismus nicht überhaupt ein Element, das jetzt wieder neu aufbricht, nachdem der Feind SED sich erledigt hat? Die Utopien können jetzt wieder frei wuchern ...

Weiß: Es wird wieder eine Reihe von radikalen Linksgruppen geben. Und sie gibt es ja auch schon: die Nelken z. B., oder die KPD hat sich neu gebildet. Das sind radikale Gruppen, die aber zahlenmäßig kaum eine Rolle spielen. Sie haben auch bei den Wahlen kaum Stimmen bekommen. Es sind sehr engagierte, teils idealistische junge Leute. Aber ich glaube, viel häufiger hat das Erziehungssystem auch dazu beigetragen, daß auch der Marxismus nie verinnerlicht worden ist. Da er mit unüberbietbarer Penetranz vom Kindergarten an bis zum Studium wiedergekaut worden ist, gibt es viele junge Leute, die sich dagegen abgeschottet haben, auch wenn sie ihren Frieden mit dem System schlossen. Diese werden auch in Zukunft kaum anfällig sein für marxistische Ideen.

HK: Ein Wertegefüge sei zusammengebrochen, sagten Sie, und das werde jetzt sichtbar. Aber wenn ich Ihrer Auflistung von 1982 folge, dann zeigt sich doch, daß ein gewisser Prozentsatz im Marxismus ein Wertegefüge, um nicht zu sagen, eine Lebensform gefunden hat, die ihm Orientierung gibt in der Leere, die er in der Gesellschaft vorfindet, die das Regime selber geschaffen hat?

Weiß: Ich denke, es ist eine unzulässige Vereinfachung, der man im Westen oft begegnet, wenn man die DDR gleichsetzt mit Marxismus ...

HK: Das wollte ich keineswegs ...

Weiß: Trotzdem geschieht es häufig. Aber das ist nicht so, auch wenn es von außen schwer zu verstehen ist. Ich bin dafür eine ganz typische Biographie. Ich bin in diesem Land groß geworden als katholischer Christ, ich will nicht sagen im Widerstand, das Wort ist viel zu groß dafür. Aber doch im Widerspruch, dann wieder mit dem Versuch, mich anzunähern und habe mich jeweils doch wieder entfernt. Dadurch hat sich ein Verhältnis zu diesem Land für mich entwickelt, daß ich sage, diese DDR ist meine Heimat, so änderenswert bzw. änderungsbedürftig sie auch ist. Das ist letzten Endes auch der Grund für mein Engagement für dieses Land, sonst hätte ich auch weggehen können. 1961 war das eine bewußte Entscheidung. Ich war damals sehr stark geprägt von der CAJ, ich

arbeitete in einer illegalen CAJ-Gruppe mit. Mein Bruder war drüben und hatte mir eine Möglichkeit geschaffen, daß ich hätte hinüberwechseln können. Ich entschied mich für hier, aber nicht für's Überwintern, was viele Katholiken taten ...

HK: ... und was auch kirchenamtliche Linie war ...

Weiß: ... was auch kirchenamtlich so gesehen wurde; deswegen habe ich auch diesbezüglich immer meine Schwierigkeiten gehabt. Die Entscheidung fiel bei mir bewußt. Ich wollte aktiv hier wirken; deswegen auch meine Berufswahl und dadurch, daß ich Filme gemacht habe, die nun zwar überhaupt nichts mit kirchlichen Themen zu tun hatten, hatte ich doch die Möglichkeit, über ethische Probleme meine Weltsicht herzustellen. Deswegen fällt es Leuten wie mir in „Demokratie jetzt“ oder in der Initiative Frieden und Menschenrechte schwer, diese DDR jetzt so schnell loszuwerden.

„Ich habe nie gesagt, daß ich mir die Einheit nicht wünschte“

HK: Was Sie jetzt in Ihrer Person schildern, war wohl mehr oder weniger die Situation der Opposition insgesamt gewesen, die die Triebkräfte für den Umbruch entwickelt haben. Sie haben ja gesagt nicht zu den Verhältnissen, aber zu dem Stück Lebenswelt und Kulturlandschaft, in dem Sie sich bewegen. Und jetzt wird das Ganze nicht nur überholt, sondern überwältigt von der Einheit, der deutschen Einheit. Frage: Könnte Ihre Position für die Entwicklung eines Gesellschaftsmodells in einem anderen bisher „sozialistischen“ Land erfolgreich sein? Und ist das hier nicht schon wegen der bisher erzwungenen deutschen Zweistaatlichkeit schlecht möglich? Die deutsche Vereinigung wird jetzt doch deswegen zur alleinigen Leitidee, weil sie, wie immer jemand dazu steht, allein schon wegen der Künstlichkeit der Grenzen unvermeidlich geworden ist. Ist das Ihr Problem?

Weiß: Ja, wissen Sie, auch da liegt eine gewisse Tragik. Und ich bin ein schlechter Zeuge für das, was Sie vermuten. Denn ich bin einer der Ersten, wenn nicht überhaupt der Erste gewesen, der hier wieder öffentlich von der Einheit gesprochen hat. Ich habe 1985 in einem Nekrolog, den ich für Lothar Kreyszig gesprochen habe, dem Gründer der Aktion Sühnezeichen, von der Vision der deutschen Einheit gesprochen in der Verpflichtung zu Lothar Kreyszig. Ich habe mich in der Folgezeit sehr intensiv damit befaßt. Die Gedanken finden sich wieder in einem Beitrag von mir im vorigen Sommer in der „Zeit“ – „Nachdenken über deutsche Einheit“. Das war damals auch ein Grund für ein De-facto-Berufsverbot. Ich habe diese Position auch nie mehr verlassen. Ich habe nie gesagt, daß ich mir die Einheit nicht wünsche. Nur wünsche ich sie mir nicht als Wiedervereinigung, also als die Herstellung eines alten Zustands, sondern als eine neue Einheit. Und unsere Vorstellung war eben, daß wir uns mit unserer Biographie und unserer Geschichte doch stärker

einbringen könnten in das gemeinsame Deutschland. Deswegen unser Bemühen um Reformen, das Ringen um eine neue Verfassung, die von einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches von Leuten aus den Menschenrechts- und Friedensgruppen entworfen wurde. Sie geht ein gutes Stück auf das Grundgesetz zu und könnte gemeinsam mit dem Grundgesetz eine Basis sein für die endgültige deutsche Verfassung ...

HK: Lange Verfassungsdiskussionen scheut man in der Bundesrepublik. Und hier herrschen auch andere Wünsche vor. Sind die Hoffnungen nicht sehr hypothetisch?

Weiß: Wir nehmen durchaus zur Kenntnis, daß spätestens nach den Wahlen die Realität anders ist, daß die Mehrheit hier im Lande eine schnelle Einigung will, wie auch immer, die ihnen, das sage ich nicht abwertend, möglichst schnell den materiellen Standard ermöglicht, den sie jetzt, viele zum erstenmal, im Westen kennengelernt haben. Leider geht dabei wieder vieles verloren: unsere Nachbarschaft zu den osteuropäischen Ländern wird erheblich gestört; alles wird gegenwärtig gerade in der DDR ungeheuer deutschzentristisch, und es gibt, das habe ich in Wahlveranstaltungen erlebt, überhaupt kein Bewußtsein mehr für die Probleme der Dritten Welt.

HK: Aber abgesehen davon, daß dies weitgehend gesamtdeutsche Probleme sind, bzw. Erscheinungen, die auch für die Bundesrepublik gelten, kann man die Phänomene, die Sie beschreiben, im Sinne der Macht des Faktischen in einer Massengesellschaft, in einer Massendemokratie überhaupt beeinflussen oder anders lenken? Es ist wohl doch so, daß im Augenblick das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West alles andere in den Hintergrund drängt.

Weiß: Dies ist so; ich muß es einräumen, auch wenn es mich schmerzt. Vielleicht bin ich auch zu blauäugig gewesen und zu voreingenommen, wenn ich dachte, es gebe mehr Menschen, die diese vierzig Jahre Gepäck nicht einfach über Bord werfen mit allem, was drin ist. Aber der Wähler hat entschieden. Das muß man akzeptieren.

„Wir haben sehr stark am Grundgesetz entlang gedacht“

HK: Nun hat die Bundesrepublik im Blick auf die deutsche Einheit aber auch ihre Geschichte. Sie ist mit einem Grundgesetz groß geworden, von dem eine starke Identifikationskraft ausgeht. Die große Mehrheit will deswegen wohl auch den ökonomischsten Weg über den Artikel 23 gehen. Oder sehen Sie in der Bundesrepublik eine breitere Neigung zu einer neuen Verfassungsdiskussion?

Weiß: Ich denke, es gibt auch in der Bundesrepublik unterschiedliche Positionen. Ich habe vorige Woche mit Rupert Scholz gesprochen, der überhaupt kein Verständnis dafür hat, daß wir uns die Arbeit mit einer neuen Verfassung machen, und der ausschließlich den Artikel 23 sieht. Aber ich denke auch an das, was Rudolf Schuster ge-

schrieben hat über den provisorischen Charakter des Grundgesetzes und die Schwierigkeiten der Identifikation mit ihm. Aber das ist gar nicht das Problem. Wir haben ja selbst sehr stark am Grundgesetz entlang gedacht. Aber wir haben viel hineingebracht, was unseren spezifischen Erfahrungen entspricht: also beispielsweise sind die plebiszitären Elemente wieder drin, die einmal aus gutem Grund aus dem Grundgesetz herausgelassen worden sind, nach den Weimarer Erfahrungen. Oder auch die Frage der Ökologie und der europäischen Einbindung. Und ich denke schon, daß wir auch das Recht haben, dies einzubringen.

HK: Sie haben vielleicht hier andere Erfahrungen gemacht, als sie von Weimar her gegen plebiszitäre Strömungen in das Grundgesetz eingegangen sind. Aber sprechen Ihre Erfahrungen mit der Volkskammerwahl nicht selbst gegen die Befürwortung des Plebiszits?

Weiß: Das sehe ich nicht so. Aber ich wäre selbstverständlich auch dafür, daß man Volksentscheide nur für wesentliche Fragen vorsieht. Ich denke z. B. an die Nachrüstungsdebatte in den achtziger Jahren, das ist für mich ein Punkt, wo ein Volksentscheid angemessen gewesen wäre. Auch für so ganz wesentliche Fragen wie für die Wiederherstellung der Einheit, sollte das Plebiszit vorgesehen werden. Da kann man zwar verschiedener Meinung sein, aber gerade unsere Erfahrungen am Runden Tisch waren in dieser Hinsicht sehr elementar, deswegen war dieser politisch auch sehr kreativ.

HK: War die Vorverlegung der Wahl aber nicht auch ein deutlicher Hinweis auf die Grenzen solcher Kreativität, so notwendig der Runde Tisch als vorübergehende Einrichtung war?

Weiß: Die Vorverlegung der Wahl haben wir ausschließlich der SPD zu verdanken, die sich davon mehr Stimmen erhofft hatte. Es war sogar eine ultimative Forderung SPD. Sie hätte sich nicht an der Regierung Modrow beteiligt mit Ministern ohne Geschäftsbereich, wenn nicht der frühere Wahltermin zustande gekommen wäre. Die SPD sah sich auf dem Vormarsch und hat offenbar nicht damit gerechnet, daß die CDU so massiv Zustimmung finden würde, was übrigens für uns auch ein unfäßbarer Vorgang ist. Als Christ, der diese Partei sehr gut kennt, weiß ich, wie schuldhaft sie war. Sie war für mich sogar immer schlimmer gewesen als die SED, weil ihre Leute zu sehr angepaßt waren. Es gab in meiner Biographie auch einen Punkt, wo ich überlegt hatte, gehe ich in diese Partei hinein. Ich hatte viele Vorbehalte, es kam zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden. Es war bezeichnend, was er mir sagte: Kommen Sie zu uns, wir brauchen Leute wie Sie. Ich garantiere Ihnen, daß Sie in einem halben Jahr im Vorstand sind. Das zeigte mir, wie es in dieser Partei zugegangen ist. Es ging um Macht und Karriere.

HK: War es aber nicht auch so, daß viele in ihr einen gewissen Schutz suchten, die keineswegs von System korrumpiert waren?

Weiß: Sicher, diese Schutzfunktion hat die CDU für viele gehabt. Und ich kenne natürlich auch CDU-Mitglieder, die ehrlich daran geglaubt haben, in dieser Partei ihre christlichen Ideale verwirklichen oder wenigstens ein Stück weit retten zu können. Aber als politische Kraft war die CDU unangenehm angelehnt an die SED. Es hat nur einmal einen Fall gegeben, als es um die Abtreibung ging, wo mit anderen quer durch die Volkskammerfraktion Abgeordnete der CDU gegen den allgemeinen Trend stimmten, ansonsten waren sie Abstimmungsroboter.

„Es hat nie eine Verbindung gegeben von Intelligenz und Arbeiterschaft“

HK: Nun waren die Blockparteien hier insgesamt gleichgeschaltet. Und im Unterschied zu Polen, wo sich kleine christliche Gruppen mit der katholischen Kirche im Hintergrund immer mit einem oppositionellen Profil behaupten konnten, fehlte hier bei allen Verdiensten des deutschen Protestantismus für die Wende der letzten Monate eine vergleichbare, von den christlichen Kirchen kommende geistig-politische Kraft. Erklärt das ein Stückweit auch Geschichte und Verhalten der CDU?

Weiß: Sicher, hier gab es solche Verbindungen zur Kirche nur partiell. In Polen war es ganz anders. Dort waren es die Clubs der katholischen Intelligenz, die auch die politische Umgestaltung geistig vorbereitet haben. Etwas Vergleichbares hat es nicht gegeben. Und viele unserer Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen waren nicht primär kirchlich, sondern haben einfach den Schutz der Kirche in Anspruch genommen. Da waren auch viele Menschen mit dabei, die überhaupt nicht christlich sind. Das große Verdienst der evangelischen Kirche sehe ich darin, daß sie sich dem geöffnet und eine Herberge, ein Dach geboten hat. Aber eine aktive politische Kraft, wie sie von der katholischen Kirche in Polen ausging, gab es hier nicht. Es gab Ansätze dazu sowohl von evangelischer wie von katholischer Seite erst im Rahmen des ökumenischen konziliaren Prozesses in den letzten drei Jahren. Wir von „Demokratie jetzt“ sind, wenn man so will, ein Kind dieses ökumenischen Prozesses. Denn die Leute, die „Demokratie jetzt“ gegründet haben, kommen fast alle von daher. Ich hoffe auch, daß das weitergeführt wird, aber im Augenblick sieht es so aus, als sei auch das verloren.

HK: Sie sprechen die eher schmalen christlichen Ursprünge an. Aber wenn jetzt die oppositionellen Gruppen bei den Wahlen desavouiert wurden, lag das wohl auch daran, daß die Opposition, die die Wende ansah, wie Sie sagen, aus einer ebenso schmalen, wenn nicht noch schmaleren Schicht von Intellektuellen geprägt war, die dann, als der Umbruch zur Massenbewegung wurde, sich in den Hintergrund gedrängt sah.

Weiß: Ja sicher. Und es hat bei uns auch nie die Verbindung gegeben zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft, wie sie Ende der siebziger Jahre in Polen zustande gekommen

men ist. In Polen war es ja auch so: es fingen die Studenten an und die Intellektuellen. Deren Revolution scheiterte, dann machten es die Arbeiter alleine. Sie scheiterten auch, und erst in dem Augenblick, in dem Arbeiter und Intelligenz in der Solidarność zusammenfanden, gelang ihnen der Durchbruch, und die geistige Kraft bezog Solidarność aus den Clubs der katholischen Intelligenz mit Mazowiecki, Stomma, Turowicz, Pszon usw. Da ist es gelungen, bei uns hat diese Verbindung gefehlt. Es gab Berührungspunkte, aber nicht mehr. Es ist von uns niemand in die Betriebe gegangen. Und es hat auch keine Aktivitäten von Oppositionsgruppen auf dem Lande gegeben. Die Wahlergebnisse spiegeln das deutlich wider. Insofern ist die Opposition bei uns wirklich eine schmale intellektuelle Schicht.

„Es ist wirklich dieses Einfache“

HK: War es nicht auch so, daß der Durchschnittsarbeiter sich zwar nicht mit dem Arbeiter- und Bauernstaat identifizierte, aber von seinen alltäglichen Bedürfnissen her, wenn auch unter Stöhnen, mit dem System leben konnte?

Weiß: Gut, man hatte als Arbeiter hier sein Auskommen, hatte seine Möglichkeiten, konnte sich arrangieren. Wir natürlich auch. Wir haben materiell nicht sehr gelitten. Ich möchte das gar nicht so sehr auf die Arbeiterschaft beziehen. Aber es gab eben keinen großen Anspruch auf ein Anderswerden, auf ein geistiges Anderssein. Und das, meine ich, hängt doch mit dem Werteverlust zusammen, der über die 40, ja über die 57 Jahre hin stattgefunden hat.

Das war ein langer Prozeß, dieser Verlust demokratischen Verständnisses und auch der Verlust einer christlichen Prägung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Und das hat bereits 33 eingesetzt, wenn nicht schon früher.

HK: Noch eine Frage zum deutsch-deutschen Verhältnis. Die nächste Phase, die Währungsunion, wird kommen. Bis dahin ist die Entwicklung zwangsläufig. Könnte es aber sein, daß, angesichts der vielen Umstellungs- und Wachstumsprobleme, die es dann hin und her geben wird, und auch wegen der notwendigen Einbindung der deutschen Frage in die europäische und in die Abrüstungspolitik, sich der Prozeß der nationalen Vereinigung noch einmal verlangsamt zu einer Phase der Nachdenklichkeit, die jetzt zwischen der Wende und den Wahlen gefehlt hat?

Weiß: Das ist denkbar. Denn das Drängen, das jetzt in den Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist ein Drängen nach der DM. Deswegen hat es auch wenig mit Nationalgefühl oder Nationalismus zu tun, es ist, glaube ich, wirklich dieses Einfache. Ich will es nicht verallgemeinern, aber wäre die wirtschaftliche Situation umgekehrt gewesen, wäre die Bundesrepublik ein geistig und politisch freies, aber armes Land, dann wäre das Wahlergebnis sicher ein ganz anderes gewesen. Aber das ist natürlich spekulativ. Ich will damit nur sagen: Die Entscheidung vom 18. März ist zwar eine Entscheidung für die Einheit gewesen, aber nicht zuerst aus nationalen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen.

„Auf daß nicht wieder Schwellenangst entsteht“

Fragen an Bischof Christoph Demke

Christoph Demke ist Bischof der Kirchenprovinz Sachsen mit Sitz in Magdeburg und seit Februar dieses Jahres Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Die Fragen an Bischof Demke galten der Rolle der evangelischen Kirche während und nach der Wende. Was hat sich durch den politischen Umbruch im Verhältnis der Bevölkerung der DDR zur evangelischen Bevölkerung geändert? Was ist Optik, was Substanz, und wie verhalten sich speziell junge Leute?

HK: Herr Bischof Demke, so gut wie alle stimmen darin überein, daß der evangelischen Kirche ein hohes Verdienst an der Wende in der DDR zukommt, auch wenn manche davor warnen, die Dinge in der evangelischen Kirche zu einfach zu sehen. Bedeutet dies auch einen neuen Aufbruch im Protestantismus in der DDR?

Demke: Das ist schwer einzuschätzen. Die Friedensgebete, die Gebete um gesellschaftliche Erneuerung, die ja an vielen Orten auch der Ausgangspunkt für die friedlichen

Demonstrationen waren, sind getragen gewesen von den Ältesten, den Gemeindekirchenräten, von vielen Gemeindemitgliedern. In diesen Gemeinden hat dies eine bleibende Nachwirkung. Aber in der Breite der ganzen Kirche kann man eine solch unmittelbare Nachwirkung nicht feststellen. Freilich zeigt sich vor allem in ländlichen Gebieten, wo es nunmehr weniger gefährlich erscheint, Verbindung zur Kirche zu halten, daß gerade alte Leute neu Verbindung zur Gemeinde aufnehmen.

„Ich glaube, die Schwellenangst zur Kirche ist sehr viel geringer geworden“

HK: Im revolutionären Umbruch hat es eine starke Symbolik gegeben. Während des letzten Jahres dürften im gesamten katholischen Wallfahrtsgetriebe kaum so viel Kerzen abgebrannt worden sein wie auf den Revolutionsplätzen der verschiedenen östlichen Länder, so auch hier.